Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0157/2015
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	28.05.2015	Beratung
Jugendhilfeausschuss	11.06.2015	Beratung
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2015	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	23.06.2015	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung der Schulsozialarbeit in Trägerschaft des Caritasverbandes

Beschlussvorschlag:

1. Das Angebot Sozialarbeit Bildung und Teilhabe des Caritasverbandes für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. soll im 2. Halbjahr 2015 fortgeführt werden. Hierzu wird ein Zuschuss in Höhe von € gewährt.
2. Diese Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zuweisung der avisierten Landesförderung.

Sachdarstellung / Begründung:

1. Förderung aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets / Schulsozialarbeit

Der Rheinisch-Bergische Kreis erhielt nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) vom Bund zweckgebundene Finanzmittel im Umfang von insgesamt 3.370.300 € für Schulsozialarbeit zur Förderung der Inanspruchnahme der Leistungselemente des BuT.

Mit diesen Fördergeldern wurden ab dem Jahr 2012 insgesamt 11 Sozialarbeiterstellen finanziert, die bei freien Trägern der Jugendhilfe angegliedert sind. Für Bergisch Gladbach, Kürten und Odenthal standen insgesamt 4 Stellen in Trägerschaft des Caritasverbandes zur Verfügung. Die Finanzierung ist noch bis zum Ende des Schuljahres 2014/15 (30.06.2015) sichergestellt.

Die inhaltlichen Aufgaben der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter BuT bestehen schwerpunktmäßig in:

- der Information der Zielgruppe über die Möglichkeiten einer Beantragung von Leistungen aus dem BuT sowie in der konkreten Hilfestellung beim Ausfüllen der Anträge,
- der Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Hilfe- und Fördermaßnahmen,
- der Begleitung und Vermittlung in Bildungs- und Freizeitangebote,
- der Netzwerkarbeit mit weiterführenden / ergänzenden Maßnahmen auch aus angrenzenden Feldern der Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitssysteme.

Der Zwischenbericht des Caritasverbandes ist als Anlage beigefügt. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter BuT der Caritas bieten ihr Angebot nicht nur in Schulen sondern auch in Kindertagesstätten an, um frühzeitig Kinder aus Familien, die von Armut bedroht sind, zu erreichen. Es besteht eine gute Kooperation mit den unten aufgeführten Netzwerken und der Bezirkssozialarbeit des Jugendamtes Bergisch Gladbach. Im Jahr 2014 hatte die Unterstützung von Flüchtlingsfamilien einen besonderen Stellenwert.

Ergänzend zur einzelfallbezogenen Hilfe der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter BuT wurden durch die Bundesmittel Projekte finanziert, mit denen die präventiven Ziele des BuT erreicht werden können. In Bergisch Gladbach waren dies die im Netzwerk Bergisch Gladbach eingebundenen Sozialraumprojekte

- Netzwerk „Gronau – Hand in Hand“ in Trägerschaft der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH,
- Netzwerk „KiWo – Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg“ in Trägerschaft der Gl-Service gGmbH,
- „Soziales Netzwerk Stadtmitte“ in Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch Gladbach und
- Netzwerk „Krea Mobil – gegen Bildungsarmut und soziale Exklusion im Sozialraum Refrath – Frankenforst“ in Trägerschaft der Kreativitätsschule.

Die Förderung durch Bundesmittel lief für diese Projekte zum 31.12.2014 aus. Eine Fortführung der Projekte im Jahr 2015 wird durch städtische Mittel sichergestellt, der Rat der

Stadt Bergisch Gladbach hat im Haushalt 2015 hierfür 246.572 € etatisiert.

2. Mögliche zukünftige Finanzierung der Schulsozialarbeit BuT und der Sozialraumprojekte

Das Land Nordrhein-Westfalen hat für die Jahre 2015 bis 2017 Mittel zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen bereitgestellt, mit denen die Kommunen bei ihrer originären Aufgabe, der sozialraumorientierten Jugendarbeit für Bildung und Teilhabe unterstützt werden sollen. Das Land will hiermit die wegfallenden Bundesmittel kompensieren. Das Landesprogramm ist bis 2017 befristet, weil es Ziel der Landesregierung bleibt, entsprechende Unterstützungsstrukturen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in finanzieller Zuständigkeit des Bundes aufzubauen.

Wichtige Rahmenbedingungen zur Umsetzung im Rheinisch-Bergischen Kreis bzw. in der Stadt Bergisch Gladbach:

- Antragsberechtigt sind Kreise und kreisfreie Städte - hier also der Rheinisch-Bergische Kreis.
- Der Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises hat am 11.12.2014 beschlossen, dass die Mittel vom Land an die kommunalen Schulträger weitergeleitet werden, mit dem Ziel, die Maßnahmen der Schulsozialarbeit weiterzuführen und dass die vorgesehene Eigenbeteiligung seitens der Schulträger zu refinanzieren ist.
- Maßnahmebeginn und entsprechende Finanzierung ist zum 01.01.2015 möglich.
- Gefördert werden zusätzliche Personalstellen als Bildungs- und Teilhabeberater/innen
- Für den Rheinisch-Bergischen Kreis können bis zu 60% der Kosten beim Land beantragt werden, 40% müssen als Eigenanteil erbracht werden. Der Landeszuschuss für den Rheinisch Bergischen Kreis beträgt insgesamt max. 506.648,93 € im Jahr. Hierfür ist jährlich ein Eigenanteil von 337.765,95 € aufzubringen.
- Die Stadt Bergisch Gladbach könnte im Jahr 2015 117.797,77 € und in den Jahren 2016 und 2017 jeweils 251.297,54 € Landesmittel beantragen. Dafür wären im Jahr 2015 Eigenmittel in Höhe von 118.521,84 € und in den Jahren 2016 und 2017 Eigenmittel in Höhe von jeweils 167.531,69 € notwendig.
- Es soll ein Weiterleitungsvertrag zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und den Kommunen abgeschlossen werden, der den Rheinisch-Bergischen Kreis von eventuellen Rückforderungen freistellt.
- Bis zum 30.06.2015 sollen die Anträge im Rahmen des vorgesehenen Landesanteils vorliegen. Bis dahin nicht ausgeschöpfte Landesmittel werden den anderen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Aktuell finden noch Abstimmungsgespräche zwischen der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis statt. Erst dann kann ein belastbarer Kosten- und Finanzplan aufgestellt werden. Dieser wird zur Sitzung des ASWDG am 28.05.2015 nachgereicht. Bei einer Zuschussbewilligung des Landes ist aber absehbar, dass der städtische Zuschuss für die vier Sozialraumprojekte sich deutlich reduzieren wird und auch bei einer städtischen Bezuschussung der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter der Caritas würde man deutlich unter dem derzeitig verfügbaren Haushaltsansatz für das Jahr 2015 liegen. Bei einer Fortführung dieses Angebotes wird von einem Bedarf von 2,75 Stellen ausgegangen.